

## **PRESSEINFORMATION 98/2023**

DIHK-Report Unternehmensnachfolge 2023: Die BWIHK-Zahlen für Baden-Württemberg  
**Unternehmensnachfolge wird zunehmend zur Herausforderung – insbesondere im Südwesten**

Stuttgart, 19. Dezember 2023 – **Die Situation bei der Unternehmensnachfolge spitzt sich weiter zu. Noch nie war es für Unternehmerinnen und Unternehmer so schwierig, geeignete Interessenten zu finden. Besonders schwierig gestaltet sich die Suche in Baden-Württemberg. Laut dem jüngsten DIHK-Report Unternehmensnachfolge 2023 könnten in den nächsten fünf Jahren bundesweit rund 250.000 Unternehmen mangels Nachfolge von der Schließung betroffen sein.**

Von diesen Entwicklungen ist insbesondere Baden-Württemberg besonders betroffen. Bei IHK-Veranstaltungen und in Beratungen zum Thema Unternehmensnachfolge wurden für die aktuelle Erhebung rund 4.350 Kontakte ausgewertet. Im Ergebnis standen 757 Seniorunternehmen lediglich 161 Interessentinnen und Interessenten gegenüber – damit liegt das Verhältnis inzwischen bei nur noch fünf zu eins. Das ist ein historischer Tiefstand seit Beginn der Statistik im Jahr 2007. „Die Zahlen sprechen leider eine deutliche Sprache. Unternehmensnachfolge stellt Betriebe vor dem Hintergrund von demografischer Entwicklung sowie den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor enorme Herausforderungen. Der Beratungsbedarf steigt stetig“, stellt Christina Nahr-Ettl fest. Sie ist Mitglied der Geschäftsleitung und Leiterin Unternehmen & International der IHK Heilbronn-Franken, die im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) bei der Gewerbeförderung federführend ist.

Immer weniger Menschen in der gründungsstarken Altersgruppe zwischen 18 und 40 Jahren stehen immer mehr ausscheidenden Unternehmerinnen und Unternehmern gegenüber. Dadurch wird es für Betriebsinhaberinnen und -inhaber, die aufgrund ihres Alters den Ruhestand vollziehen wollen, immer schwieriger, eine geeignete Nachfolge zu finden. Die Herausforderung ist gewaltig: In Baden-Württemberg stehen bis 2026 rund 27.000 Unternehmen zur Nachfolge an. Werden keine Fortführenden gefunden, droht diesen Unternehmen in letzter Konsequenz die Schließung.

Verschärft wird das Nachfolgeproblem durch die günstige Arbeitsmarktsituation für qualifizierte Fachkräfte. Sie erhalten zunehmend attraktive Angebote für abhängige Beschäftigungsverhältnisse und entscheiden sich daher tendenziell gegen eine risikoreichere Unternehmensübernahme. Die heutige Fachkräftegeneration legt Wert auf flexible Arbeitszeiten und eine möglichst ausgewogene Work-Life-Balance mit dem Ziel einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Übernahme und Führung eines Unternehmens scheinen damit für viele in Frage kommende KandidatInnen oft nicht gleichwertig vereinbar zu sein. „Gerade angesichts der zunehmenden Bürokratisierung, vielen Herausforderungen für Betriebe am Standort Deutschland wie Baden-Württemberg und aufgrund des Fachkräftemangels sind immer weniger Menschen bereit, in die Selbständigkeit zu gehen und ein Unternehmen zu übernehmen. Hier ist auch die Politik gefordert, wieder für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, denn wir dürfen unsere Unternehmensbasis nicht verlieren. Für eine möglichst gute Nachfolgeregelung ist auch eine fundierte Unterstützung durch Experten unerlässlich. Wir sehen daher das Land in der Pflicht, Betriebsübergabende wieder durch eine Beratungsförderung entsprechend zu unterstützen“, betont Christina Nahr-Ettl abschließend.

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Gewerbeförderung  
IHK Heilbronn-Franken  
Andreas Lukesch  
Telefon 07131 9677-106  
E-Mail: [andreas.lukesch@heilbronn.ihk.de](mailto:andreas.lukesch@heilbronn.ihk.de)

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedsammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.